

## Deutsche Wirtschaft 1982/83

Die weltweite Wirtschaftskrise dauert an —  
weiterhin schrumpfende Produktion und hohe,  
wachsende Arbeitslosigkeit

---

Günter Pehl, geboren 1923 in Stettin, studierte Volkswirtschaft; 1952 wurde er Referent für finanz- und steuerpolitische Fragen im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) der Gewerkschaften. Er ist heute verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ und seit langem Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Alle Industriestaaten befinden sich in der größten und am längsten andauernden Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Infolge ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung ist auch die Bundesrepublik Deutschland von ihr erheblich betroffen. Zwei Jahre lang, von Mitte 1980 bis Mitte 1982, ist unsere Volkswirtschaft nicht mehr gewachsen, stagnierte sie. Seit dem Sommer dieses Jahres verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage noch mehr. Das reale Sozialprodukt schrumpfte sogar; es ist in der zweiten Jahreshälfte um etwa 2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg weiter, sie betrug Ende Oktober 1,92 Millionen oder 7,9 Prozent der Arbeitnehmer. Das war der höchste Stand in einem Oktober seit der Währungsreform von 1948.

In diesem Winter zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Arbeitslose

Der seit anderthalb Jahren erwartete Aufschwung - von Konjunkturforschern zunächst schon auf den Herbst 1981 terminiert, später auf die zweite Jahreshälfte 1982 verschoben - läßt weiter auf sich warten. Das Konjunkturtal ist stattdessen noch düsterer geworden. Harte Monate stehen uns bevor. Es muß befürchtet werden, daß die Arbeitslosenzahl in diesem Winter auf bis zu 2,5 Millionen klettern wird. Eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage im neuen Jahr 1983 ist zur Zeit nicht abzusehen.

Das Bild der Konjunktur ist so unerwartet dunkel geworden, obwohl sich die sogenannten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Jahresverlauf 1982 deutlich verbessert haben: der Anstieg der Preise und der Produktionskosten

hat sich spürbar abgeschwächt; die Zinssätze sind erheblich gesunken; das Defizit in unserer Leistungsbilanz konnte durch einen Rekordüberschuß in der Außenhandelsbilanz beseitigt werden; die Unternehmenserträge steigen wieder an - verglichen mit den Arbeitseinkommen überproportional -, und es werden vom Staat beachtliche Investitionsanreize gegeben. Dennoch blieb der Konjunkturaufschwung aus.

#### Das Ablaufmuster der Konjunktur hat sich verändert

Die Anfang dieses Jahres gehegten Hoffnungen auf eine erneute wirtschaftliche Belebung waren nicht aus der Luft gegriffen. Sie beruhten auf einer damals erfreulich starken Auslandsnachfrage und auf der Erfahrung, daß in allen vorausgegangenen Konjunkturzyklen seit den fünfziger Jahren der Export der Motor für den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung war. Diesmal aber sprang der Funke nicht auf die Inlandsnachfrage über. Stattdessen hat sich der Auftragseingang aus dem Ausland seit dem Frühsommer 1982 so stark abgeschwächt, daß von ihm keine konjunkturellen Triebkräfte mehr ausgehen. Verglichen mit den früheren Konjunkturzyklen hat sich das Ablaufmuster der Konjunktur offensichtlich völlig verändert.

Die wichtigste Ursache hierfür dürfte in der Stärke und Dauerhaftigkeit der weltweiten Wirtschaftskrise zu sehen sein. Ebenso wie in der Bundesrepublik herrscht in fast allen Industriestaaten ein Stillstand des Wirtschaftswachstums (Stagnation), in einigen Ländern schrumpfte sogar die Wirtschaft. Die meisten Industriestaaten sind von der Krise noch stärker betroffen als wir. Sie haben höhere Preissteigerungsraten und höhere Zinssätze, worunter die Investitionstätigkeit leidet; die Nachfrage ist teilweise noch mehr geschwächt als bei uns, und einige haben hohe Leistungsbilanzdefizite und eine hohe Auslandsverschuldung, so daß die Einfuhren beschränkt werden und spürbar zurückgehen. Verschlechtert hat sich auch die Zahlungsbilanzsituation der Ölländer (OPEC-Staaten) mit der Folge, daß ihre Einfuhren ebenfalls rückläufig sind. Schließlich haben sich die Leistungsbilanz, die Zahlungsfähigkeit und die Einfuhrmöglichkeiten vieler Nicht-Öl-produzierender Entwicklungsländer - vor allem als Folge der Krise und des sinkenden Rohstoffbedarfs der Industrieländer - katastrophal verschlechtert.

#### Seit über zwei Jahren stagnierender Welthandel

Insgesamt stockt der Welthandel seit mehr als zwei Jahren, er wird 1982 wahrscheinlich sogar ein etwas geringeres Ergebnis haben als 1981. Dagegen war er z.B. von 1971 bis 1978 im Jahresdurchschnitt um real 6 Prozent gewachsen. In seinem jüngsten Bericht zur Lage stellte das Generalsekretariat des

GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) fest: Die weltwirtschaftliche Entwicklung sei nur noch Anfang der dreißiger Jahre ungünstiger gewesen; die gegenwärtige internationale Finanzlage nähere sich den Bedingungen vor der damaligen Weltwirtschaftskrise. Die Gefahr ist, daß sich die Krise von Land zu Land aufschauelt und verstärkt, zumal die Versuchung, protektionistische, die Einfuhr beschränkende Maßnahmen zu ergreifen, für viele Regierungen groß ist.

Jedenfalls ist es nicht erstaunlich, daß sich die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren wieder abgeschwächt hat. Eher war die vorangegangene gute Exportkonjunktur ein kleines Wunder. Sie zeugt von der nach wie vor hohen Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Die Bundesrepublik hat die Weltwirtschaftskrise bisher mit am besten überstanden

Überhaupt kann sich die Bundesrepublik im internationalen Vergleich gut sehen lassen. Sie hat von allen Industriestaaten die Weltwirtschaftskrise bisher neben Japan und der Schweiz am besten durchgestanden. Diese Tatsache findet nicht zuletzt darin ihren Ausdruck, daß die D-Mark zu den stabilsten Währungen der Welt gehört. Der Außenwert der D-Mark ist allein im Laufe dieses Jahres gegenüber den Währungen von 23 wichtigen Handelspartnern (gewogener Durchschnitt) um 5,2 Prozent angestiegen; verglichen mit Ende 1980 betrug die Aufwertung 8,6 Prozent. In einer für 1982 aufgestellten Rangliste des Internationalen Währungsfonds über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände der einzelnen Volkswirtschaften befindet sich die Bundesrepublik Deutschland an dritter Stelle hinter Japan und der Schweiz. Und in einer halbjährlich vom New Yorker „Institutional Investor Magazine“ veröffentlichten Liste der Kreditwürdigkeit von Schuldnerländern steht die Bundesrepublik im September mit 94,1 von 100 möglichen Punkten auf dem vierten Platz hinter den USA, Japan und der Schweiz.

Diese Beurteilungen durch ausländische Wirtschaftsexperten stehen im krassen Gegensatz zu den Behauptungen der CDU/CSU und anderer Interessenten in der Bundesrepublik, die Bundesregierung Helmut Schmidt habe einen wirtschaftlichen und finanziellen Trümmerhaufen, ein Chaos u.a. hinterlassen. In den Äußerungen dieser Politiker und anderer professioneller Meinungsmacher kamen die Weltwirtschaftskrise, ihre wichtigsten Ursachen - der zweite Ölpreisschock und die Hochzinspolitik in den USA - sowie ihre dominierenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft kaum vor; allenfalls durfte die weltweite Wirtschaftskrise eine untergeordnete Rolle spielen. Freilich dürfte auch die „Krisenschuldfrage“ kurze Beine haben. Nachdem die

CDU/CSU die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen hat und nach der Wahl wird sie vermutlich rasch darauf kommen, daß bei unserer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung die Weltwirtschaftskrise den größten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat; sie wird sich dieser Wahrheit nicht mehr länger entziehen können und wohl auch nicht wollen, denn ihre Politik wird die Arbeitslosigkeit noch erhöhen.

So richtig es ist, sich immer wieder davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise gut abschneidet, so natürlich ist es andererseits, daß dies kaum ein Trost für die Betroffenen in der Bundesrepublik sein kann. Wer ihnen helfen will, darf an den schlimmen Daten über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik nichts beschönigen. Was die Prognosen, die Ende 1981 oder am Anfang des Jahres für 1982 gegeben wurden, anbelangt, so waren sie alle besser als die tatsächliche Entwicklung. Die an dieser Stelle vor fast einem Jahr als der Wirklichkeit am nächsten bezeichnete Prognose des Sachverständigenrates sah für das ganze Jahr 1982 ein wirtschaftliches Wachstum von 0,5 Prozent vor.<sup>1</sup> Dies war das Ergebnis einer angenommenen Stagnation im 1. Halbjahr und eines realen Zuwachses des Sozialprodukts in der zweiten Jahreshälfte um 1 Prozent. Alle anderen Vorausschätzungen waren positiver; sie gingen bis zu einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent.

Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 1982 entsprach ungefähr der Prognose des Sachverständigenrates. *Real* (Preissteigerungen ausgeschaltet) war das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1982 etwa gleich hoch wie im 1. Halbjahr 1981. Es mußte also ein Stillstand des Wachstums hingenommen werden. Anders als vom Sachverständigenrat und auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartet, kam es in der zweiten Jahreshälfte 1982 jedoch nicht zu einer Wirtschaftsbelebung, sondern zu einem erheblichen Rückgang des Sozialprodukts. Als dieser Bericht geschrieben wurde, konnte es noch keine genauen Zahlenangaben über das Ausmaß der Produktionsschrumpfung geben.<sup>2</sup> Es muß als realistische Schätzung angesehen werden, daß das Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1982 um reichlich 2% niedriger war als ein Jahr zuvor.

#### Sozialprodukt 1982 um 1 bis 1,5 Prozent niedriger als 1981

Aufs ganze Jahr 1982 gerechnet, wird das reale Bruttosozialprodukt gegenüber 1981 um reichlich 1 Prozent schrumpfen. Berücksichtigt man den Preisanstieg, dann ergibt sich eine nominale Zuwachsrates von nahezu 4 Prozent. Der

---

<sup>1</sup> Günter Pehl: Deutsche Wirtschaft 1981/82 ..... Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1/1982. S. 5 ff.

<sup>2</sup> Dieser Bericht wurde am 15. November 1982 abgeschlossen.

nominale Wert der 1982 von unserer Volkswirtschaft erbrachten Leistung wird sich auf rund 1600 Mrd. DM belaufen.<sup>3</sup>

Daß das Sozialprodukt nicht noch stärker schrumpfte, lag an dem 1982 insgesamt noch guten *Exportgeschäft*. Die Ausfuhr war real in diesem Jahr noch um rund 3,4 Prozent größer als 1981. Allerdings ist dies das Ergebnis einer Zuwachsrates von 8,9 Prozent im 1. Halbjahr und eines realen Rückgangs um etwa 2 Prozent in der zweiten Jahreshälfte. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden Waren im Werte von 317,3 Mrd. DM ausgeführt bei einer gleichzeitigen Einfuhr von wertmäßig 281,3 Mrd. DM. Der Ausfuhrüberschuß betrug demnach 36 Mrd. DM. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis im Vergleich zu dem Aktivsaldo von 13,4 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Verläuft die Entwicklung im 4. Quartal auch nur so wie vor Jahresfrist, dann ist für 1982 ein neues Rekordergebnis in der Außenhandelsbilanz zu erwarten; der bisher höchste Ausfuhrüberschuß von 51 Mrd. DM (1974) könnte übertroffen werden. Damit könnten die Defizite bei den Dienstleistungen (vor allem infolge der Auslandsreisen) und bei den Übertragungszahlungen (Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Zahlungen an internationale Organisationen) ausgeglichen werden. Nach Defiziten in der Leistungsbilanz von fast 11 Mrd. DM 1979, 29,5 Mrd. 1980 und 16,6 Mrd. DM 1981 wäre damit unsere außenwirtschaftliche Leistungsbilanz erstmals wieder ausgeglichen; vielleicht entsteht sogar ein Überschuß von einigen Milliarden DM.

Die noch gute Ausfuhrentwicklung verdeckt, daß die reale *Inlandsnachfrage* in diesem Jahr um 1,9 Prozent niedriger war als 1981. Auch in jenem Jahr war die Binnennachfrage schon gegenüber 1980 um 1,2 Prozent, wenn man die gedrosselte Lagerhaltung mitberücksichtigt sogar um 2,4 Prozent gesunken. Insgesamt sind die Auftragspolster im verarbeitenden Gewerbe trotz gedrosselter Produktion so weit geschmolzen, daß die Aufträge nur noch einer Produktion von 2,5 Monaten entsprechen; in der Rezession 1974/75 hatte der niedrigste Wert 2,7 Monate betragen. Dies ist ein Ergebnis des jüngsten Konjunkturtestes des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung; das Institut befragt in repräsentativer Auswahl mehr als 3000 Firmen.

#### Produktionsanlagen nur noch zu 74 Prozent ausgelastet

Dabei hat sich außerdem ergeben, daß der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten im verarbeitenden Gewerbe (hauptsächlich Industrie) weiter

---

<sup>3</sup> Die Daten über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1982 basieren vor allem auf Angaben im Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 9.10.1982 und im Gemeinschaftsgutachten fünf führender Wirtschaftsforschungsinstitute „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1982“, abgedruckt unter anderem im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 28. 10. 1982.

auf gut 74 Prozent zurückgegangen ist. Ein Jahr zuvor, im September 1981, waren die Produktionsanlagen noch zu 78,3 Prozent ausgelastet und Anfang 1980 gar noch zu 85,8 Prozent. In der Rezession 1974/75 lag der Tiefpunkt der Kapazitätsauslastung bei 75,2 Prozent.

Bei dieser Lage kann es nicht verwundern, wenn die Unternehmen ihre Investitionspläne kürzen und die *Investitionen* zurückgehen. Auf der Grundlage seiner Umfrage erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in diesem Jahr einen Rückgang der Investitionen in der Industrie gegenüber 1981 um nominal 3 Prozent und real (preisbereinigt) sogar 7 Prozent. Ungefähr das gleiche Ausmaß wird der Investitionsrückgang in der gesamten Volkswirtschaft erreichen, und zwar sowohl bei den Ausrüstungen (Maschinen, Geräte usw.) als auch bei den Bauten.

Die Nachfrage der privaten Verbraucher ist der bei weitem größte Posten der Gesamtnachfrage in unserer Volkswirtschaft. In diesem Jahr wird der *private Verbrauch* um mehr als 1,5 Prozent gegenüber 1981 absinken. Dies ist die Folge der real zurückgehenden Masseneinkommen. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird nominal in diesem Jahr um etwa 2 Prozent höher sein als ein Jahr zuvor, die Nettolohn- und -gehaltssumme nur um rund 1 Prozent. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 5,3 Prozent errechnet sich indessen ein Rückgang der realen Nettoeinkommen um 4 bis 4,5 Prozent.

#### Kaufkraft des Lohns sinkt um reichlich 2 Prozent

Die nominale Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme um etwa 2 Prozent ergibt sich daraus, daß einerseits die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer 1982 um rund 2 Prozent niedriger ist als 1981 und andererseits das Bruttoarbeitseinkommen je Beschäftigten um rund 4 Prozent angestiegen ist. Infolge der Steuerprogression und der wachsenden Sozialabgaben bleibt eine durchschnittliche Erhöhung des Nettolohns je Beschäftigten um rund 3 Prozent übrig. Wird der Preisanstieg berücksichtigt, wird aus der nominalen Zunahme eine (reale) Schrumpfung der *Lohnkaufkraft je Beschäftigten* in Höhe von reichlich 2 Prozent.

Trotz der Drosselung der Produktion ist als Ergebnis investiver und organisatorischer Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität weiter gestiegen. Für 1982 wird die höhere gesamtwirtschaftliche Leistung je Beschäftigtenstunde (und das ist steigende Produktivität) auf gut 1,5 Prozent geschätzt. Wachsende Produktivität bei sinkender Produktion führt jedoch zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, bedeutet steigende Arbeitslosigkeit. Der sinkenden Zahl

von Arbeitsplätzen stehen zudem überdurchschnittlich große Schulabgängerjahrgänge, die Lehr- und Arbeitsstellen suchen, gegenüber. Allein dadurch erhöht sich das Arbeitskräfteangebot in diesem und in den nächsten Jahren - ebenso wie schon seit 1977 - um jährlich etwa 150 000.

### 1,85 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1982

Für 1982 hatten die Konjunkturbeobachter ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 1,55 bis 1,75 Millionen im Jahresdurchschnitt vorausgeschätzt. Leider ist selbst die ungünstigste Voraussage von der Wirklichkeit überholt worden. Denn tatsächlich wird der Jahresdurchschnitt in diesem Jahr bei etwa 1,85 Millionen liegen. Das sind rund 580 000 Arbeitslose mehr als 1981. Gegenüber 1980, also innerhalb von zwei Jahren, hat sich die Arbeitslosenzahl damit mehr als verdoppelt. Auch für das nächste Jahr erwarten der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute ein weiteres starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Institute rechnen mit einer Zunahme um etwa 450 000 auf rund 2,3 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1983. Dabei gehen sie wie der Sachverständigenrat davon aus, daß im 2. Halbjahr 1983 allmählich eine Besserung der Wirtschaftlage eintreten wird - eine Annahme, von der sie selbst meinen, daß sie mit vielen Risiken, vor allem weltwirtschaftlicher Art, behaftet ist.

### Allmähliche Besserung im 2. Halbjahr 1983?

Die Sachverständigen schätzen einen weiteren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im 1. Halbjahr um 0,5 Prozent, für die zweite Jahreshälfte aber erstmals wieder einen realen Sozialproduktzuwachs von 2,5 Prozent. Für das ganze Jahr 1983 ergibt sich daraus eine Zunahme um gut 1 Prozent. Allerdings machen sie auch eine ungünstigere Alternativrechnung auf, wobei die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt 1983 um mehr als 1 Prozent niedriger ist als 1982. Aus heutiger Sicht scheint diese Annahme realistischer zu sein. Mehr Wirklichkeitsnähe hat wohl auch die Aussage der Wirtschaftsforschungsinstitute, im 1. Halbjahr 1983 werde es zu einem weiteren Rückgang des Sozialprodukts um 1,5 Prozent, verglichen mit dem gleichen Vorjahrszeitraum, kommen. Ob allerdings die weitere Schätzung der Institute, das Sozialprodukt werde in der zweiten Jahreshälfte um 1,5 Prozent ansteigen, eintreffen wird, läßt sich heute ernstlich überhaupt nicht beurteilen. Jedenfalls ergibt sich auch dann für das ganze Jahr 1983 immer noch nicht mehr als ein Wachstumsstillstand, als Stagnation.

Die Wirtschaftsforscher rechnen trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt ab 1. Juli 1983 mit einer weiteren Abschwächung des

Anstiegs der Verbraucherpreise. Im Jahresdurchschnitt nehmen sie 1983 gegenüber 1982 eine Erhöhung von 3,5 Prozent an; der Sachverständigenrat schätzt eine Steigerungsrate von 4 Prozent. Beide Annahmen bedeuten in der Welt, in der wir leben, praktisch relative Preisstabilität. Was die außenwirtschaftliche Leistungsbilanz anbelangt, so rechnen die Institute für 1983 mit einem höheren Überschuß als 1982; er dürfte nach ihrer Schätzung eine Größenordnung von 10 Mrd. DM erreichen.

### Hoher Beschäftigungsstand als vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik

Treffen diese Voraussagen auch nur ungefähr ein, dann wäre die Bundesrepublik 1983 von den im § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 genannten wirtschaftspolitischen Zielen - Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - lediglich vom Ziel „hoher Beschäftigungsstand“ weit entfernt. Allerdings ist auch die Bedingung: „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“, unter der die Ziele erreicht werden sollen, gegenwärtig überhaupt nicht erfüllt. Daraus ist zu folgern, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Zeit vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein muß.

In den Reden der Politiker ist dies auch unbestritten, über die anzuwendenden Mittel gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Für die gegenwärtige Wirtschaftslage ist im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eine antizyklische - und das heißt zur Zeit: expansive - Haushaltspolitik mit den Schwerpunkten: Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Investitionsförderung vorgeschrieben. Bei 2 Millionen Arbeitslosen und der Erwartung von 2,5 Millionen Arbeitslosen in den nächsten Monaten wären eigentlich umfangreiche Beschäftigungsprogramme, die größtenteils durch Kreditaufnahme zu finanzieren sind, das Gebot der Stunde. Beschäftigungsprogramme dieser Art hat der Deutsche Gewerkschaftsbund schon vor längerem vorgelegt und forderten die Delegierten des Münchner Parteitages der SPD im April 1982. Von den - jetzt in Bonn Regierungsverantwortung tragenden - Konservativen ist eine solche aktive Beschäftigungspolitik bisher entschieden bekämpft worden. Die Genscher-Mehrheit in der FDP-Bundestagsfraktion nimmt die Beschlüsse des SPD-Parteitages sogar als einen entscheidenden Rechtfertigungsgrund für ihren fliegenden Koalitionswechsel.

### Schwierige Strukturanpassungen der Volkswirtschaft

Zur Ablehnung von Beschäftigungsprogrammen wurde bis in die jüngste Zeit hinein behauptet, die Arbeitslosigkeit sei zum weitaus größten Teil struk-



tureller Art; mit einer auf Nachfrageausweitung zielenden Politik und mit weiterer Neuverschuldung (Kreditfinanzierung) werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Richtig ist, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit strukturbedingt ist und daß unsere Volkswirtschaft schwierige strukturelle Anpassungsprobleme zu lösen hat. Einige Stichworte sind: die extrem starke Ölverteuerung, die Änderung der Verbrauchernachfrage mit Sättigungstendenzen im Grundbedarf, die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung mit wachsender Konkurrenz durch die am Beginn ihrer Industrialisierung stehenden Entwicklungsländer (Schwellenländer), der Sonderfall der billigeren japanischen Konkurrenz, die rasche Einführung von Minicomputern und Mikroprozessoren in Produktion und Verwaltung. Dies sind zweifellos existenzielle Probleme für die am höchsten entwickelten Volkswirtschaften der westlichen Welt. „Geht unserer hochentwickelten Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?“ hatte Politologin Hannah Arendt schon Anfang der siebziger Jahre gefragt, und Professor Ralf Dahrendorf hat diese Frage im Oktober auf dem Soziologentag in Bamberg erneut gestellt. Tatsächlich sind auch in unserer Volkswirtschaft nicht mehr genügend Arbeitsplätze für alle Arbeitsuchenden vorhanden. Mit Konjunkturprogrammen herkömmlicher Art sind sie nicht zu beschaffen. Arbeitszeitverkürzungen der verschiedensten Art sind ein Mittel zur Lösung dieser Strukturprobleme. Freilich verweigern sich auch hier die Konservativen, vor allem die Arbeitgeberverbände.

#### Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit ist Folge der Nachfrageschwäche

Niemand kann genau sagen, wie sich strukturelle und konjunkturelle Ursachen auf die Gesamtarbeitslosigkeit verteilen. Aber die Annahme wird nicht falsch sein, daß heute mindestens die Hälfte der Arbeitslosigkeit eine Folge der rapide gewachsenen Nachfrageschwäche ist. Die Abnahme der Kapazitätsauslastung in der Industrie von 85,8 Prozent Anfang 1980 auf zur Zeit rund 74 Prozent, also um fast ein Siebtel, ist ebenso ein Kennzeichen für das Fehlen kaufkräftiger Nachfrage wie z.B. der Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze um 4,5 Prozent in den ersten neun Monaten 1982. Produktionsanlagen und Handelsstätten sind vorhanden und Arbeitsuchende gibt es genug - was fehlt, ist ausreichende Kaufkraft, um Menschen und Anlagen voll zu beschäftigen.

#### Eine Lohnpause verstärkt die Arbeitslosigkeit

Aus dieser Erkenntnis ergibt sich mindestens zweierlei: Eine Lohnpause wäre wirtschaftspolitisch völlig falsch und eine sowohl nachfrageanregende als auch Arbeitsplätze schaffende Finanzpolitik wäre situationsgerecht. Die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm angeregte halbjährige Verschiebung von Lohnerhöhungen hätte eine Verstärkung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Denn

dadurch würde ein weiterer Ausfall an Nachfrage entstehen. Die Einzelhandelsumsätze - und dazu auch die Umsätze der vorgeschalteten Großhandels- und Produktionsstufen - würden noch tiefer in den Keller rutschen. Die Annahme, daß mit der Lohnpause gleichzeitig die Preise stabil bleiben, spricht gegen jede Erfahrung, insbesondere in den Ländern, in denen es schon eine Lohnpause gab. Kein Arbeitgeber- oder Unternehmerverband würde einen Preisstopp garantieren. Blüm fordert ihn auch gar nicht erst, sondern nur eine vorsichtige Preispolitik. Das Gegenstück hierzu ist indessen eine maßvolle Lohnpolitik, wie sie bisher von den Gewerkschaften betrieben worden ist, und nicht eine Lohnpause. Gerade in Krisenzeiten haben maßvolle Lohnerhöhungen eine die Nachfrage stabilisierende und damit Arbeitsplätze sichernde Funktion.

### Endlich sachlich über die richtige Finanzpolitik diskutieren!

Eine sachliche Diskussion über eine situationsgerechte Finanzpolitik ist leider kaum möglich, da sie rasch an psychologische Barrieren stößt, die durch eine überzogene, teilweise sogar hysterische öffentliche Behandlung der Frage der Staatsverschuldung aufgerichtet wurden. Leider haben die früheren Oppositionsparteien hieran und an dem daraus erwachsenen unberechtigten Mißtrauen gegenüber der staatlichen Finanzpolitik einen erheblichen Anteil. Es wird höchste Zeit, daß die Diskussion über die Staatsverschuldung mit angemessener Nüchternheit geführt wird. Festzuhalten ist zunächst, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich des Anteils der Staatsverschuldung, der Steigerung der Verschuldung in den letzten Jahren sowie des Anteils des Zinsendienstes einen Platz im unteren Drittel innehat. Die Verschuldung ist seit dem ersten Ölpreisschock 1974 so stark angestiegen. Es ist ganz sicher, daß die Arbeitslosenzahl ohne die seitdem erfolgte staatliche Neuverschuldung heute beträchtlich höher wäre.<sup>4</sup>

In einer langen Periode weltwirtschaftlicher Verwerfungen und struktureller Anpassungen der heimischen Volkswirtschaft mit relativ niedrigen Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen müssen zweifellos auch die Staatsausgaben angepaßt werden. Dies gilt auch für die Sozialausgaben, für das in Zeiten hoher Wachstumsraten geschaffene System von Sozialleistungen. Dies gilt aber ebenso für die Verteidigungsausgaben. Aber die Anpassung der Ausgaben, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte darf nur allmählich erfolgen; und die gegenwärtige Beschäftigungskrise mit einer Schrumpfung des Sozialprodukts ist eigentlich die schlechteste Zeit für Haushaltskonsolidierungen. Denn Stelleneinsparungen und Ausgabenkürzungen erhöhen tendenziell

---

<sup>4</sup> Siehe u. a.: „Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974—1981“, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 13. 5. 1982.

GÜNTER PEHL

die Arbeitslosigkeit und schwächen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Ein Vorrang der Sparpolitik vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wäre gegenwärtig verfehlt und politisch unverantwortlich.

Auf keinen Fall dürfen Ausfälle an Steuereinnahmen und Mehrausgaben (z.B. für Arbeitslose), die als Folge einer Verschärfung der Wirtschaftskrise entstehen, durch Steuererhöhungen oder Kürzungen anderer Staatsausgaben ausgeglichen werden. Das wäre eine Wiederholung der Politik des Reichskanzlers Brüning, die Anfang der dreißiger Jahre zur Arbeitslosigkeit von 7 Millionen Menschen beigetragen hatte. Konjunkturbedingte Defizite müssen vielmehr durch Kreditaufnahme gedeckt, durch Neuverschuldung finanziert werden. Seitdem CDU und CSU führende Regierungsparteien sind, hat sich diese Erkenntnis auch bei ihnen durchgesetzt, wie die Heraufsetzung der Kreditaufnahme von 28,5 Mrd. DM im Entwurf der früheren sozialliberalen Koalition für den Bundeshaushalt 1983 auf 41,4 Mrd. DM im Haushaltsentwurf der neuen Mitte-Rechts-Koalition beweist; eine derartig hohe Neuverschuldung hatte die CDU/CSU in der Opposition noch als unannehmbar bekämpft.

Nicht zuletzt wegen ihrer nachfrageeinschränkenden und Arbeitsplätze beseitigenden Wirkung hat die staatliche Sparpolitik bisher ihr Ziel einer Senkung der Haushaltsdefizite nicht erreicht. Sie haben eher steigende Tendenz. Hieraus schließt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Minderheitsvotum innerhalb des Gemeinschaftsgutachtens: „Eine hohe Neuverschuldung des Staates ist in der gegenwärtigen Situation unvermeidlich. Ein Unterschied besteht freilich, ob sie eingegangen werden muß, um immer wieder neue konjunkturbedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zu finanzieren oder ob sie der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Wachstumskräfte dient. Das DIW hält die Bereitwilligkeit, das zweitgenannte Ziel zu verfolgen, für die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die akute Schwächephase überwunden und die mittelfristigen Perspektiven verbessert werden können. Nur dann kann die - notwendige - Konsolidierung erfolgreich sein.“<sup>5</sup>

Beschäftigungspolitisch sind die Beschlüsse der Regierung Kohl zum Bundeshaushalt 1983 „verfehlt“, wie der DGB-Bundesvorstand in einer Stellungnahme festgestellt hat. Durch noch härtere Sparmaßnahmen, vor allem bei den sozial Schwachen, sowie die geplante Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 werden in noch stärkerem Maße, als es die Pläne der sozialliberalen Koalition vorsahen, Kaufkraft und Nachfrage eingeschränkt. Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen zielen einmal sehr einseitig auf eine Förderung des

---

<sup>5</sup> Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 28. 10. 1982. S. 547.

Baus von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ab, wobei durch den Schuldzinsenabzug reiche Bauherren unnötig hohe Steuervorteile erhalten. Zum anderen soll die Ertragskraft der privaten Unternehmen gestärkt werden, damit sie mehr investieren. Dabei wird übersehen, daß für die Unternehmensentscheidungen über arbeitsplatzschaffende (Erweiterungs-)Investitionen die Absatzerwartungen ausschlaggebend sind - und die sind bei der gegenwärtig niedrigen Auslastung der Produktionsanlagen schlecht. Die schon erwähnte Umfrage des Ifo-Instituts ergab denn auch, daß die Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe 1983 real nicht mehr investieren wollen als 1982 - dies trotz Investitionszulage und einer Steuerbelastung, die niedriger ist als je zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Als Investitionsmotiv stehen - arbeitsplatzvernichtende - Rationalisierungen mit 55 Prozent der befragten Unternehmen weit an der Spitze, gefolgt von Ersatzbeschaffungen, die in der Regel ebenfalls zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Nur 18 Prozent der Unternehmen nannten Erweiterungen als Hauptziel ihrer Investitionen.